



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 18.12.2008

Beginn: 16:45 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 2
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	

entschuldigt:
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Frau Stadträtin Handtmann

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Beck, Forstamt bis TOP 2
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Buchmann, Kulturamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Frau Ludwig, Ordnungsamt
Herr Maucher, Umweltschutz bis TOP 2
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Pfab, Dollinger Realschule
Herr Merkle, Bauverwaltungsamt bis TOP 2
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung u. Sport
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch
Herr Wilk, Hochbauamt

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2009	249/2008
	Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	
3.	Schulentwicklung	245/2008 +
	Erweiterung Hochschule	245/2008-1
	Neubau der Realschule	
3.1.	Neubau Dollinger-Realschule	239/2008
	Planungs- und Vergabeverfahren	
4.	Großflächige Fotovoltaikanlagen	242/2008
	Standortuntersuchung für den Verwaltungsraum Biberach	
5.	1. Änderung des Flächennutzungsplans, Feststellungsbeschluss	243/2008
6.	Zuführungen an Kapitalrücklage der Stadtwerke Biberach GmbH	227/2008 neu
7.	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Wirtschaftsjahr 2009	248/2008
8.	Biberach 2015 - Zukunftsstrategie für die Wirtschaftsentwicklung; Auftrag an die Prognos AG, Bremen	225/2008 + 225/2008 - 1 + 225/2008 - 2
9.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach	247/2008
	Wirtschaftsplan 2009	
10.	Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	250/2008
11.	Anbau Kulturhalle Abdera	235/2008
12.1.	Bekanntgaben: Jahresrückblick Oberbürgermeister	
13.1.	Verschiedenes: Winterschließung der Stadtbücherei	
13.2.	Verschiedenes: Abschlussworte 1. ehrenamtlicher Stellvertreter	

Die Mitglieder wurden am 04.12.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 13.12.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend die Fragen stellen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegte Drucksache Nr. 249/2008 zur Beschlussfassung vor. Ferner liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2009 vor, der dieser Niederschrift nicht angeschlossen ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

OB Fettback verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung der Ausschüsse und dankt für die konstruktiven Haushaltsplanberatungen. Die Eckdaten seien im Wesentlichen nicht verändert worden. Man habe mit 91 Mio. € eine sehr hohe Investitionssumme, die ohne Neuverschuldung gemeistert werde, aber natürlich eine hohe Rücklagenentnahme bedinge. Die Auswirkungen der Finanzkrise seien ungewiss, in Biberach sei aber noch keine Notbremse erforderlich. Auch die Investitionssumme der Stadtwerke Biberach sei mit 21 Mio. € wie im Wirtschaftsplan ausgewiesen enorm. Ob alles so realisiert werde, sei noch offen, da einige Sperrvermerke angebracht worden seien. Einen Wehrmutstropfen habe es im Rahmen der Stellenplandiskussion gegeben. Man sei von der Sorge getrieben gewesen, nicht zu überheizen und habe daher von Verwaltungsseite die Schaffung der Stelle eines Organisators beantragt. Es sei jedoch nur die Prüfung einer Organisationsuntersuchung beschlossen worden, weshalb eine Organisationsuntersuchung frühestens 2010 erfolgen könne, was im große Sorge bereite.

Es wird applaudiert.

EBM Wersch führt aus, bezüglich der Eckdaten und der Vorhaben bestehe Übereinstimmung, was Grund zur Freude sei. Er bezeichnet den Haushalt als solide und schlüssig. Das Jahr 2009 werde spannend. Erste Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt seien erkennbar. Der Haushalt sei in seinem Gesamtgefüge sicher und er glaube auch nicht, dass in den nächsten Jahren Änderungen erforderlich würden. Er appelliert, das Jahr 2009 zuversichtlich anzugehen und zu gestalten. Auch er dankt für die konstruktiven Beratungen. Insbesondere bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hieran mitgewirkt hätten.

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf gibt für die CDU-Fraktion folgende Erklärung ab: „Verehrte Anwesende, vor vier Wochen habe ich für die CDU-Fraktion zur Finanzkrise und den Auswirkungen für Biberach keine weiteren Ausführungen machen wollen. Heute sehen wir immer noch nicht klar, was uns bevorstehen wird, unsere Befürchtungen werden aber immer konkreter. Die Auswirkungen beginnen sich auch bei uns langsam aber sicher zu zeigen. Firmen, die im Anlagenbau, im Maschinenbau und in der Fahrzeugzulieferung tätig sind, werden länger Weihnachtsferien als geplant machen, Arbeitszeitkonten sind auf Null heruntergefahren, Kurzarbeit kündigt sich so an. Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt werden 2009 vermutlich noch nicht gravierend sein und deshalb waren die Ausschussberatungen auch nicht sehr kontrovers. In der Klausurtagung der CDU-Fraktion sind aber bei vielen Haushaltsstellen Anmerkungen in die Richtung angeklungen, dass, wenn es notwendig wäre, der Sparstift hier oder da anzusetzen wäre. Wir hoffen nicht schon in kurzer Zeit hier konkreter werden zu müssen. Nach wie vor hoffen alle Gruppierungen im Rathaus, dass die Vorsorge, die wir in Form von Rückstellungen und Rücklagen in den letzten Jahren getroffen haben, nicht in dem Maße angegriffen werden, wie es im Finanzplan für die nächsten

Jahre prognostiziert wird. Hier sind wir zuversichtlich, dass sich diese Prognose nicht bewahrheiten wird, so wie dieses in der Vergangenheit ja auch immer war. Die CDU-Fraktion wird auch in den nächsten Jahren der Garant dafür sein, dass Investitionen notfalls geschoben werden, um auch in Zukunft bei Nullverschuldung eine ordentliche Rücklage zu erhalten.

In vielen Bereichen bewegt sich die Stadt auf einem Niveau, das deutlich über dem vergleichbarer Städte liegt. Eine Stadt mit knapp 32.000 Einwohnern leistet sich Personalausgaben von weit über 20 Mio. €, wenn wir alles zusammen rechnen, was hier hineingehört, hat Kulturausgaben von sicher weit über 5 Mio. €, wobei das Kulturbudget allein 3,5 Mio. € beträgt. Wie wir jetzt wissen und nicht mehr vergessen werden, kommen da ja noch die Kosten für Bewirtschaftung, Mieten, Unterhaltung und vor allem alle die Dinge dazu, die im Vermögenshaushalt geführt werden, soweit es nicht nur Bagatellsachen sind.

Unstrittig bei allen Gruppierungen ist für die nahe Zukunft, dass wir eine neue Realschule bauen wollen und werden. Die gesamte Maßnahme mit den Folgeerfordernissen wird eine Summe von über 20 Mio. € kosten, selbst dann, wenn die Verkaufserlöse der alten Schule und anderes dagegen gerechnet werden. Bei den zukünftigen Beratungen werden wir versuchen, den Standort und die Bauweise so zu wählen, dass möglichst viel von den bestehenden Sportflächen erhalten bleibt. Wenn dann noch die verbleibenden Sportplätze dadurch ertüchtigt werden, dass sie mit Kunstrasen versehen werden, können die Nutzungstunden der Sportanlagen ganz deutlich gesteigert werden. Konsequenzen für die bisherigen Überlegungen müssen wir dann im nächsten Jahr diskutieren. Dieser Kraftakt, was die Finanzen und vor allem was die Arbeitskraft in der Verwaltung angeht, gilt aber nicht nur der Realschule. Wir verfolgen das Ziel des Neubaus auch deshalb so entschlossen, weil wir damit unsere bescheidenen Möglichkeiten zur Stärkung unserer Hochschule vor Ort einsetzen. Der Steuerzahler in Biberach setzt hier viele Millionen ein. Mehr können wir im Gemeinderat zur Festigung des Hochschulstandortes nicht tun.

Signalisiert wurde von der Verwaltung – so wie es die CDU-Fraktion beantragt hat - im Laufe des Jahres 2009 eine Verbesserung für schlechter verdienende Erziehende bezüglich Kindergartengebühren und Essenspreise in der Mensa zu überprüfen. Dabei versteht die CDU-Fraktion die Position der SPD-Fraktion und anderer dann nicht, wenn eine Prüfung der Gebührenfreiheit für alle gefordert wird. Man kann nicht beklagen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffne und gleichzeitig fordern, Arm und Reich sollen gleich entlastet werden. Ein großer Teil unserer Gesellschaft kann es sich sehr wohl leisten, Leistungen, die ihren Kindern zu Gute kommen, auch – wenigstens teilweise – zu bezahlen. Wenn hier Steuergelder unnötig ausgegeben werden, fehlt es dort, wo es zu Recht eingesetzt werden müsste. Wenn der Bund und die Länder bei einer hoffentlich bald kommenden Regelung sich so verhalten, ist das etwas anderes, da es flächendeckend nur ein Entweder - Oder geben kann. Wir in einer kleinen Kommune könnten dieses aber an den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen orientiert und damit gerecht regeln. Dank der schnellen Erledigung durch Beantwortung/Kommentierung der in den Vorberatungen gestellten Anfragen und Anträgen durch die Verwaltung – und hier gilt einmal mehr unser Dank insbesondere Frau Appel und ihrem Team, konnten die Ausschüsse sehr effektiv arbeiten. Fast alle Beratungspunkte wurden einvernehmlich erledigt. Übrig gebliebene „Streitpunkte“ bewegen sich bei einem Haushalts-Volumen von ca. 142 Mio. € Einnahmen und 142 Mio. € Ausgaben - wie bei solchen Summen üblich – nur im 10.000-er Bereich. Ich gehe deshalb im Detail nicht darauf ein, der Bedeutung wegen und deshalb, weil ich mich an den abgesprochenen Zeitrahmen halten möchte.

Zum Schluss darf ich allen denen danken, die dazu beigetragen haben, dass wir heute den Haushaltsplan für das Jahr 2009 verabschieden können: Meiner Fraktion, den anderen Fraktionen und der FDP, sowie allen Mitgliedern der Verwaltung, die es Frau Leonhardt und Herrn Wersch ermöglicht haben, wieder einen Haushaltsplan vorzulegen, der es uns ermöglicht, ihm voller Überzeugung zuzustimmen.“

Es wird applaudiert.

Für die SPD-Fraktion nimmt StRin Kübler wie folgt Stellung: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Biberach macht Schlagzeilen! „Geld bei Lehmann - 15 Mio. € blockiert und Zinsverluste (112.500 € pro Quartal!)“ Eine erfreulichere Schlagzeile wäre für mich: Geld in Biberacher Familien angelegt – Der Kindergartenbesuch wird ab sofort gebührenfrei gestellt. Dazu bedarf es aber einer mutigen Entscheidung. Es werden immerhin 800.000 € jährlich hierfür benötigt. Damit würden wir aber ein deutliches Zeichen in Richtung familien- bzw. kinderfreundliches Biberach setzen! Es ist auch ein Schritt zur Bildungsgerechtigkeit, denn Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts! Hierfür hätten wir gerne die viel zitierte Gießkanne in Kauf genommen. Als ein Ablehnungsgrund überzeugt es uns aber nicht. Sollte die Landesregierung irgendwann die schon so oft thematisierte und versprochene Gebührenfreiheit umsetzen, bin ich auf Ihre Argumentation bzgl. Gießkannenprinzip gespannt.

Nun, die Schlagzeile bleibt uns verwehrt, denn der Antrag hat keine Mehrheit erhalten. Die SPD-Fraktion wird sich 2009 auf die weiteren Anträge, wie die Qualitätsverbesserung im Kinderbetreuungsbereich konzentrieren. Wir wollen damit die Anstrengungen, die in der letzten Zeit in diesem Bereich unternommen wurden, nicht schmälern. Doch wenn wir es ganz nüchtern betrachten, bestand in Biberach ein enormer Nachholbedarf. Eine Vorreiterrolle nehmen wir damit aber noch nicht ein. In diesem Jahr wurde das Sicherheitskonzept erstellt, das die SPD-Fraktion zum Haushalt 2008 beantragt hatte. Wir freuen uns, dass dieses Paket auf den Weg gebracht werden konnte, das alle Generationen im Blickfeld hat. Neben der Stärkung der Schulsozialarbeit wird die Mobile Jugendarbeit in Form von Streetworker-Einsätzen neu belebt. Unsere Prämisse ist die Prävention anstelle der Sanktion. Wir sind überzeugt, dass langfristig dieser Weg zu mehr Erfolg führt. Mit Verboten, so wie in Riedlingen jetzt praktiziert, wird oftmals das Gegenteil erreicht. Die Personalaufstockung im Ordnungsdienst soll das Sicherheitsgefühl wieder stärken, das die ältere Generation in dieser Stadt eingefordert hat. Ein Großteil unserer Anträge zum Haushalt 2009 sind darauf ausgerichtet, den städtischen Haushalt nachhaltig zu entlasten, und zwar haben wir in erster Linie die Gebäudebewirtschaftungskosten im Blick. Jährlich müssen hierfür 3,4 Mio. € zur Verfügung gestellt werden, Tendenz steigend! Die energetische Sanierung erhält mit den explodierenden Gas-, Strom- und Ölpreisen eine deutliche Brisanz. Zugesagt wurde uns eine Prioritätenliste, die auch Einsparpotentiale aufzeigt. Das ist nur der erste Schritt. Den zweiten sollten wir auch konsequent gehen, indem wir die öffentlichen Gebäude, hier denken wir insbesondere an Schulen, vorziehen, die einen hohen Einspareffekt durch Sanierungsmaßnahmen aufzeigen. Denn langfristig gesehen rechnet sich das. Außerdem stärken wir mit diesen Investitionen auch das regionale Handwerk! Schließen wir uns dem Landkreis an, sprechen wir uns auch für ein antizyklisches Verhalten aus! Positiv ist zu berichten, dass der Einbau einer automatischen Türöffnungsanlage im Museum eine mehrheitliche Zustimmung erhalten hat. Ein Beitrag zur barrierefreien Stadt, über den wir uns sehr freuen. Die Sanierung und Erstellung einer behindertengerechten Toilette am Stadtfriedhof wird zumindest 2009 geprüft. Zufrieden sind wir mit dieser Lösung natürlich nicht. Doch für einen weiteren Schritt gab es noch keine Mehrheit. Wir können nur appellieren, mit dem Baubeginn nicht so lange zu warten, wie bei der Kirchplatz-Toilette.

Ein weiterer Antrag beinhaltet das Thema Bildung. Mit der Neubaudiskussion Realschule halten wir es für dringend erforderlich, die Neuordnung der Biberacher Schullandschaft anzugehen. Schulprofile, die demografische Entwicklung unter Einbeziehung von sämtlichen Bildungsangeboten vor Ort müssen in die Betrachtungsweise mit einfließen. Allein sich nur auf die Standortfrage zu konzentrieren, wäre zwar bequemer, aber unserer Meinung nach zu kurz gesprungen. Hier sind innovative kommunale Bildungs- und Schulentwicklungskonzepte gefragt. Aber mehr dazu im folgenden TOP. Zwei unserer Anträge befassen sich mit sozialen Themen, wie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch städtischen Mietwohnungsbau. Dicke Bretter, die wir hier zu bohren haben! (Eine harte Nuss, die es hier zu knacken gilt!) Für 2009 wurde uns zugesagt, Bauplätze in verschiedenen Stadtquartieren aufzuzeigen, in denen Mietwohnungsbau vorstellbar wäre. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung! Mit der Forderung einer neuen Zuschussregelung zum Mensa-Essen haben wir in diesem Gremium erfreulicherweise doch einige Mitstreiter. Konkret stellen wir uns die Annäherung zum Durchschnittspreis des Bundes vor, der bei 2,50 € liegt. 3,95 € pro Essen ist einfach zu hoch! Die positiven Rückmeldungen über geschlossene Freundschaften aufgrund des gemeinsamen Mittagessens machen deutlich, dass die Mensa nicht nur die Mittagsverpflegung für die Schülerinnen und Schüler bereitstellt, sondern dass dies auch ein ideales Kommunikationszentrum der Schulgemeinschaft ist und zu einer signifikanten Verbesserung der Schumatmosphäre beitragen kann. Ein Antrag beinhaltet die Organisationsuntersuchung. Was ist der Hintergrund dieses Antrages? Eine Verwaltung befindet sich in einem laufenden Veränderungsprozess. Auf der einen Seite fallen Aufgaben weg, andererseits kommen neue hinzu. Personalkosten sind ein heikles Thema und werden immer sehr kritisch betrachtet. Wir können uns nur ein subjektives Urteil darüber bilden. All diese Punkte haben uns in der Notwendigkeit bestärkt, die Personalsituation der Stadtverwaltung einer gesamten Betrachtungsweise unterziehen zu lassen. Eine unabhängige Stelle soll eine ergebnisoffene, objektive Beurteilung und Bewertung vornehmen, damit wir Antworten auf Fragen erhalten, wie zum Beispiel nach Umschichtungs- oder Aufstockungsmöglichkeiten. Eine alte Weisheit besagt, dass die Zufriedenheit eines Mitarbeiters zur höheren Motivation beiträgt. Um die Worte des Hauptamtsleiters Herrn Simon aufzugreifen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Biberach sind die wichtigste Ressource für die Dienstleistung an der Bürgerschaft. Und genau das ist der Punkt, warum wir diesen Antrag gestellt haben, der auch eine Mehrheit in diesem Gremium erhalten hat.

Wir verabschieden heute einen Haushalt, mit dem, dank verantwortungsbewusster, innovativer Biberacher Unternehmen, die Möglichkeit eröffnet wird, zukunftsweisende Maßnahmen in vielen Bereichen anzupacken, was sicher einiges an Arbeitsaufwand erfordert, aber auch Verantwortung auferlegt, eine gewisse Verpflichtung mit sich bringt und letztendlich Biberach immer in Bewegung hält. Stillstand ist bekanntlich Rückschritt! Viele Themen wurden bereits angestoßen, wie zum Beispiel das Interkommunale Gewerbegebiet, neue Wohnbauflächen, die Elektrifizierung der Südbahn, die Schulentwicklung. Und mit der heute zu beschließenden Vergabe der Zukunftsstudie Wirtschaftsstandort kann der Verwaltung ein großes Lob für ihre innovativen Überlegungen ausgesprochen werden. Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu. 2009 steht vor der Tür und hält neue Herausforderungen für uns alle bereit, die es zu meistern gilt. Packen wir es gemeinsam an! Mit dem Dank für Ihren in 2008 geleisteten Einsatz wünscht die SPD-Fraktion Ihnen allen und Ihren Angehörigen ein besinnliches Weihnachtsfest und Glück, Erfolg und Gesundheit für das neue Jahr. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Es gibt Applaus.

StR Zügel bemerkt für die UB/FW-Fraktion folgendes: „Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Abschluss des gymnasialen Großprojekts wird die Stadt Biberach

heute das nächste nicht minder bedeutende schulische Vorhaben beschließen, den Neubau einer Realschule, die momentan bereits eine der größten des Landes ist. In welcher Stadt gibt es dieses Bekenntnis der Politik zur Bedeutung der Bildung? Und es ist in keiner Weise dieser Bedeutung abträglich, dass es natürlich die Unternehmen in Biberach sind, die mit ihren Steuerzahlungen diese Vorhaben finanziell erst ermöglichen, der Politik den Handlungsspielraum gewähren. Biberach wird sich mit dem Neubau der Realschule nochmals verändern, nicht nur als Schulstandort seine Zentralitätsfunktion im Landkreis unterstreichen, sondern auch mit den frei werdenden Flächen, die das Land Baden-Württemberg an die Stadt übergibt, eine städtebauliche Neuorientierung im südlichen Bereich erfahren. Ein weiterer Grund, weshalb dieses Geschäft mit dem Land gemacht werden soll. Für die Fraktion der Freien Wähler ist der Neubau der Realschule aber gleichwertig mit der Erweiterung der Hochschule Biberach zu sehen. Die Zentralitätsfunktion der Stadt Biberach darf sich nicht nur auf das schulische Angebot im Landkreis beziehen, Biberach muss im Konzert der Bildungsangebote mit seiner Hochschule einen besonderen Ton angeben. Auch wenn die Hochschule in Biberach naturgemäß nicht zu den großen im Land zählen kann, ihre Besonderheiten sind bundesweit einmalig.

Aufgabe der Politik und der Verwaltung muss es sein, sich nicht nur mit der Stabilisierung der Studentenzahl zufrieden zu geben, sondern als langfristiges strategisches Ziel den Ausbau der Hochschule zu erreichen. Dieses Ziel muss offensiv gegenüber der Landesregierung vertreten werden. Mit der geplanten Übereignung der alten Realschule an die Hochschule wird zumindest die räumliche Voraussetzung seitens der Stadt geleistet. Biberach als Bildungsstandort muss im gleichen Atemzug wie Biberach als Wirtschaftsstandort genannt werden können. Die Fraktion der Freien Wähler ist sich der finanziellen Herausforderung dieser Aufgabe wohl bewusst. Angesichts der mittelfristigen Finanzplanung, die ein starkes Abschmelzen der Rücklagen vorsieht, ist das Neubauvorhaben durchaus mit Risiken verbunden. In der ersten Lesung zum Haushalt 2009 haben wir die mittelfristige Planung kritisiert. Mit der weit höheren Kapitalzuführung zu den Stadtwerken als ursprünglich veranschlagt, sind wir in dieser Kritik leider bestätigt worden. Noch sind die Stadtwerke bezüglich ihres Finanzbedarfs kein Fass ohne Boden, aber sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und Kontrolle, um nicht dazu zu werden. Aus Sicht der Freien Wähler müssen deshalb alle anderen Projekte dem Neubau der Realschule untergeordnet werden, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Es ist ja nicht so, dass in Biberach bezüglich der Investitionen nichts passiert, ganz im Gegenteil. Baugebiete müssen erschlossen werden, der westliche Marktplatz und der Holzmarkt werden neu gestaltet, Sanierungen müssen durchgeführt werden, das Abdera erhält einen Anbau. Aber Lieblingsprojekte wie beispielsweise neue Jugendhäuser haben gegenwärtig keinen Platz auf der Agenda. Die Verwaltung hat nämlich durchaus die Aufgabe sich Gedanken zu machen, was mit bestehenden Gebäuden bei veränderter Nutzung geschehen soll, bevor Neubauten errichtet werden. Ein Beispiel mag das Gebäude der Pflugschule sein. Wenn der Gesetzgeber die Zahl der Förderschüler weiter senken will, droht aus der Pflugschule ein zweiter „Roter Bau“ zu werden.

Das unverändert ungelöste Problem des Haushalt dieser Stadt sind die zu hohen Ausgaben des Verwaltungshaushalt. Die Zuführungsrate ist angesichts dieser Steuereinnahmen viel zu bescheiden. Mit der Finanzkrise, deren Auswirkungen auf die Erträge der international und national agierenden Hauptgewerbesteuerzahler ungewiss sind, wird eine verlässliche mittelfristige Finanzplanung nicht sicherer. Sicher ist nur eines, dass die laufenden Kosten für Bildung und Betreuung, für Kindergärten und Schulen zu und nicht abnehmen werden. Selbst die Kirchen suchen den rettenden finanziellen Schirm der Stadt wenn es um Renovierung der Stadtpfarrkirche geht. Die Verwaltung muss bei den Vorhaben Prioritäten setzen, andernfalls sind ihre Klagen bezüglich der Arbeitsüberlastung unglaublich.

Ich leiste mir einen Einschub, nachdem meine Vorrednerin, Frau Kübler, den Zeitungsartikel zu Lehman Brothers angeschnitten hat. Die politische Verantwortung für Abstimmungen trägt der Gemeinderat, der auf Vorschlag der Verwaltung etwas beschließt oder eben nicht. Und wir sind in der Pflicht, dass angelegtes Geld auch Zinsen bringen muss. Aus Sicht der Freien Wähler haben wir damals verantwortungsvoll gehandelt. Die Kapitalgarantie ist vorhanden. Das uns anvertraute Geld ist auch sicher. Ich möchte ausdrücklich an diesem Punkt sagen, dass die Verwaltung im Gesamten und besonders Finanzbürgermeister Wersch und seine Stellvertretung, Frau Leonhardt, unser uneingeschränktes Vertrauen in diesem Punkt haben. Sie haben sich in keiner Weise etwas vorzuwerfen. (Applaus). Und dieses Vertrauen dehne ich auf die beiden Biberacher Banken aus.

Die Anträge unserer Fraktion sind überwiegend in den Beratungen angenommen worden, aus unserer Sicht nötige Korrekturen am Haushalt 2009 sind gemacht worden. Die Fraktion der Freien Wähler wird dem Haushalt 2009 zustimmen.“

Applaus.

Für die Grünen führt StR Weber folgendes aus: „Herr Oberbürgermeister, geschätzte Verwaltung, liebe Stadträtinnen und Stadträte. Haushalt 2009 - wir sind in der glücklichen Lage an diesen Haushalt optimistisch heranzugehen. Aber schauen wir einmal etwas über den Tellerrand: Die bisherige Philosophie des unendlichen Wirtschaftswachstum stößt an ihre Grenzen. Ja bisher wurden wir immer ausgelacht, wenn wir das ewige Wachstum angezweifelt haben - doch dieser Traum ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Das tut schon weh. Weltweit pumpen Staaten und Länder Haushaltsmilliarden aus Steuergeldern in die Industrie und Wirtschaft und niemand weiß, was am Ende herauskommt. Ausgelöst durch eine Finanzkrise von charakterlosen, profitgierigen Menschen, die nichts als Geldvermehrung zum Ziel haben. Die sich auch nicht ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen bewusst sind. Sie spekulieren, egal wie viele Firmen bankrott gehen, wie viele Arbeitsplätze verloren gehen, wie viele Menschen vor dem Aus stehen. Man fragt sich schon, wo plötzlich die Millionen herkommen – für Hartz IV, für soziale Einrichtungen, fürs Gesundheitswesen usw. muss um jeden Euro gerungen werden. Charaktereigenschaften werden durch Erfahrung in der Kindheit ausgebildet. Da spielt die Familie und die Erziehung eine Rolle. Da sollten auch wir Vorbild sein. Gerade als Stadt mit den finanziellen Möglichkeiten müssen wir uns im Kinder- und Jugendbereich engagieren. Auch im Hinblick auf die immensen Kosten, wenn das Kind erst in den Brunnen gefallen ist. Hier sind wir schon ganz gut aufgestellt. Seien es Kinderkrippen und -horte, Kindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten, Schulen mit Ganztagesbetreuung und wenn notwendig mit Schulsozialarbeit. Auch die Integration ausländischer Mitbürger ist hier ein großes und sehr wichtiges Handlungsfeld unter anderem auch wiederum die Folgekosten verfehlter Politik zu minimieren. Eine Herausforderung für uns wird der Neubau der Dollinger – Realschule. Hilfreich wird sicher das zu erstellende Gesamtkonzept des Biberacher Schulstandortes sein. Hierzu gehören auch die Förderschulen und die Sportstätten. Auch die Waldorfpädagogik hat bei uns Fuß gefasst und wir sollten diesen Standortgewinn wohlwollend mittragen. Nochmals zurück – eine Allianz aus Gleichgültigkeit und Eigennutz zerstört unseren Lebensraum. Der Klimaschutz wird klein und nichtig geredet. Die Raubbauökonomie, die das ökologische Gleichgewicht zerstört, hört nicht auf. Wir versiegeln endlos Flächen (obwohl Fläche endlich ist) und nehmen billigend einen nie da gewesenen Artenrückgang in Kauf.

Glücklicherweise jedoch gibt es Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaftler, Unternehmer, zivilgesellschaftliche Gruppen und Verbände, dazu zählt auch unsere Agenda-Bewegung, die nicht untätig geblieben sind. So ist in Deutschland unter anderem mit den erneuerbaren Energien ein neuer Wirtschaftszweig gewachsen. Davon profitieren auch wir in Biberach. Jetzt müssen wir uns

schon fragen: Brauchen wir Pflastersteine aus China? Brauchen wir ein interkommunales Gewerbegebiet in dieser Größenordnung? Muss die Nordwestumfahrung so pompös und gigantisch ausgebaut sein? Brauchen wir den landschaftsfressenden Aufstieg Mettenberg? Sollten wir stattdessen nicht beim Mensaessen an den Schulen auf saisonale, regionale und ökologische Lebensmittel zurückgreifen (zur Not ginge das ja vielleicht auch schrittweise)?

Energetische Sanierung unserer Häuser: Sie bringt Arbeit fürs Handwerk und spart Heizkosten. Die Erreichbarkeit von Infrastruktur zu Fuß oder mit dem Fahrrad hat höchste Priorität. So werden wir auch weiterhin einen stadteinwärts führenden Radweg in der Ulmer-Tor-Straße im Auge behalten. Der Verkehr bei der Postausfahrt ist weniger geworden und die paar parkenden Autos gehören ins angrenzende Parkhaus.

Wir im Ortsteil Mettenberg freuen uns, dass ab jetzt die in die Jahre gekommene Turn- und Festhalle zeitgemäß umgeplant und -gebaut werden kann. Auch für unsere jungen Fußballer wird die bisherige Freizeitanlage umgestaltet und ein zweites Fußball- oder Trainingsfeld geplant und so schnell wie möglich auch verwirklicht. Für uns, die Fraktion der Grünen, sind die Haushaltsberatungen weitestgehend harmonisch verlaufen und so stimmen wir diesem Haushalt 2009 zu. Bei der Verwaltung möchte ich mich für ihren Einsatz bedanken, Ihnen Gesundheit wünschen und ausdauernde Schaffenskraft für unsere weitere Arbeit oder als Leitfaden könnte aus der Neuauflage der Broschüre „zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie das Motto dienen: „weniger - besser - schöner“. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Es gibt Applaus.

Abschließend bezieht StR Funk für die FDP mit folgenden Worten Stellung: „Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, unsere Eindrücke zu den Beratungen in diesem Jahr fassen wir wie folgt zusammen: Wieder kam innerhalb von acht Wochen ein Umfang an Arbeit auf den ehrenamtlich arbeitenden Gemeinderat zu, dass man schon fast seinen Jahresurlaub einplanen musste, um dem Amt noch gerecht zu werden. Die vielen Haushaltspläne und Vorlagen zu lesen, kontrollieren, nachzudenken und sicher zu entscheiden ist nach unserer Auffassung nur noch möglich, wenn man eingearbeitet ist und sich auf das Wesentliche konzentriert. Die Stellungnahmen der Verwaltung waren wie immer meist verteidigend, abwehrend oder zumindest auf Zeit spielend. Die Annahme eines Antrages einer Fraktion blieb auch in diesem Jahr die Ausnahme, so dass man sich fragen muss, was der zeitliche Einsatz eigentlich soll. Dies insbesondere auch deshalb, weil die Sitzungen nichtöffentlich abgehalten werden und somit die Bürgerinnen und Bürger nichts mitbekommen können. Auf der anderen Seite gab es in diesem Jahr nach unserer Einschätzung besonders viele gute Diskussionen, weil sie offen und ideologiefrei geführt wurden und uns für die Zukunft positiv stimmen.“

Die Ergebnisse zu unseren Anträgen wollen wir an fünf ausgewählten Beispielen dokumentieren. Daneben waren wir teilweise erfolgreich in Sachen Altstadtsanierung Ost, bei den städtischen Programmen zur Energieeinsparung und den Diskussionen um die Stellplatzablösegebühren. In Sachen Fahrgastinformationssystem am Bahnhof Biberach ist unsere Geduld zu Ende gegangen. Hier werden wir uns jetzt in Absprache mit der Stadtverwaltung selbst ins operative Geschäft einmischen.

Natürlich sind wir enttäuscht, dass eine weitere Grundsteuersenkung überhaupt keine Chance hatte. Dies war allerdings zu befürchten, da das Toppen unseres Antrages durch andere Fraktio-

nen in diesem Jahr nicht mehr sinnvoll möglich war, weil wir selbst schon bis zu den sogenannten Anrechnungshebesätzen absenken wollten. Überhaupt kein Verständnis haben wir allerdings dafür, dass alle anderen Fraktionen und die Verwaltung bisher nicht bereit waren einen größeren Teil der Steuermehreinnahmen an die Bevölkerung abzugeben. Dazu nur ein paar Zahlen für die Jahre 2004 bis 2008. Die Bruttogewerbesteuereinnahmen überstiegen die Planungen um 138 Mio. €. Die Zuführungen zum Vermögenshaushalt liegen im selben Zeitraum um 94 Mio. € über den Planungen. Die Rücklagen zum 31.12.2008 werden zirka 100 Mio. € betragen. Zurückgegeben haben wir der Bevölkerung im selben Zeitraum zirka 3 Mio. € über die Grundsteuersenkung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Fred Braig und ich sind Nachkriegskinder, wir verstehen unter Teilen etwas anderes. Unsere letzte Hoffnung setzen wir jetzt auf die Einführung der von uns beantragten Bildungs- und Betreuungsgutscheine im Jahr 2009.

Die Transparenz bei unseren Geldanlagen wird in der Zukunft dadurch verbessert, dass uns die Verwaltung darüber in ihren Quartalsberichten informiert. Des weiteren werden wir in Zukunft anstelle der Haushaltspläne mehr mit den Jahresabschlüssen arbeiten, die es ab sofort gebunden geben wird. Die Stadt Biberach hat positive Geldsorgen. Um eine sichere Geldanlage zum richtigen Zeitpunkt mit ausreichender Rendite muss sich auch in Zukunft der Gemeinderat verstärkt kümmern. Und wenn ich jetzt einen Einschub zu Herrn Zügel machen darf: Ich würde es begrüßen, diese Geldanlagen künftig in öffentlicher Sitzung zu beschließen. Ich sehe keinen Grund, dies nicht zu tun und ich würde es begrüßen, wenn die letzten Sitzungen hierzu mit allem, was jeder dazu gesagt hat, nachträglich veröffentlicht würden.

Die Antwort der Verwaltung auf mehr Transparenz bei den Veränderungen der Gaspreise überzeugt uns überhaupt nicht, wohl aber die in den letzten Wochen durchgeführten Veränderungen der Geschäftsleitung der e.wa riss mit ihren Kunden. Dazu gehört auch das Angebot eines alternativen Tarifs. Falsch halten wir allerdings die Gaspreiserhöhung zum 1. Januar 2009 auf die alten Tarife. Seit Ende September ist das Barrel Rohöl von 100 USD auf 45 USD gefallen. Die Gaspreise sind zeitversetzt an die Ölpreise gebunden. Heute könnte ich sogar eine neue Zahl nennen: Von Juli 143 € auf heute unter 40 €. Die Landeskartellbehörden dürfen die Gaspreise kontrollieren. Dies entschied kürzlich der Bundesgerichtshof in Karlsruhe und begründeten die Grundsatzentscheidung mit fehlendem Wettbewerb. Die e.wa riss ist über die Stadt Biberach und die EnBW zu fast 100% in Staatsbesitz, 75% sind in deutscher Hand und 25% in französischer. Beide Staaten organisieren derzeit Konjunkturpakete. Auch deshalb, die Erhöhung der Gaspreise hätte ausgesetzt oder verschoben werden müssen, insbesondere von denjenigen, die die gesamte Energiewirtschaft, also Produktion, Netz und Vertrieb in staatlicher Hand wünschen. Wo ist hier unser Oberbürgermeister geblieben, er vertritt 50% der Gesellschafterrechte.

Angenommen wurde unser Antrag, dass bis auf weiteres keine Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden errichtet werden, sondern die Dächer vermietet werden, am besten gegen volle Bezahlung der Miete zu Beginn der Vertragslaufzeit. Dadurch kann der geplante Kapitaleinsatz vermehrt werden und der Nutzen für die Gesellschaft vervielfacht werden. Dies gilt insbesondere auch, wenn die Projekte mit dem Einsatz von zusätzlichem Fremdkapital organisiert werden. Nachdem diese Denkweise Fred Braig und Alexander Eisele auch im Landkreis platziert haben, freuen wir uns hierüber besonders. Mit FDP-Politik sorgen wir durch die Veränderungen von Strukturen, die kein Geld kosten, für Wohlstandsgewinne der Bürger, mit der Politik der staatsgläubigen Parteien sorgen wir für eine immer größer werdende Steuerlast und somit für Wohlstandverluste der Bevölkerung. Ein klassisches Beispiel, wie auch anders Politik gemacht werden kann. Es ist jetzt gerade ein Jahr her, als bei den Stadtwerken der Bau einer eigenen Photovoltaik-

anlage beschlossen wurde. Dies geschah nichtöffentlich, an der Beschlusslage und am Gemeinderat vorbei.

Nachdem unser Antrag, das Mensaessen der Biberacher Schüler mit 12% zu bezuschussen, in nichtöffentlicher Sitzung im Hauptausschuss abgelehnt wurde, stellen wir diesen Antrag heute erneut und modifizieren die Begründungen durch einige Ergänzungen. Unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung werden wir entsprechend unserer Ankündigung der Vorlage Nr. 249/2008 in allen Punkten zustimmen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Es wird applaudiert.

OB Fettback bemerkt, manche Ausführung bedürfte einer Kommentierung, beziehungsweise sei falsch gesagt worden, man habe sich aber auf ein anderes Verfahren geeinigt. Zum Antrag der FDP bezüglich der Mehrwertsteuer führt er aus, die Stadt sei hier nicht zuständig, was man bereits in den Vorberatungen dargelegt habe.

StR Funk verliest den **Antrag der FDP** hierzu, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Die Aussage der Verwaltung, dass sie nicht zuständig sei, sei nach Meinung der FDP falsch.

OB Fettback erwidert, die Verwaltung sei davon überzeugt, kein Recht dazu zu haben, über die Mehrwertsteuer den Essenspreis in der Mensa zu subventionieren. Auch in der Mali-Schule würden 19% zugrunde gelegt. Man wolle das Jahr 2009 nutzen und überlegen, wie vernünftige Essenspreise erreicht werden könnten. Alle seien sich darin einig, dass die Mehrwertsteuer nicht in Ordnung wäre, wenn wie dargelegt unterschieden würde.

StR Funk betont, seine zu Mc Donalds getroffene Aussage sei richtig. Herr Rektor Schley habe erklärt, dass das Essen nur geliefert werde und dafür würden 7% Mehrwertsteuer angesetzt.

EBM Wersch betont, die Aussage zur Mali-Schule sei nicht richtig. Im Essenspreis seien 19% Mehrwertsteuer enthalten. Er bittet, in derartigen Dingen Fragen an die zuständige Verwaltung zu richten.

Ohne weitere Aussprache wird der **Antrag der FDP** mit 2 Ja-Stimmen (StRe Braig, Funk) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Dann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Haushaltsplan 2009 der Stadt Biberach in der Fassung der Änderungen wird festgestellt.**
- 2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:**

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

- | | |
|---|----------------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben von je | 141.379.000 € |
| davon im Verwaltungshaushalt | 118.286.000 € |
| im Vermögenshaushalt | 23.093.000 € |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditauf- | |
| nahmen für Investitionen und Investitionsförderungs- | |
| maßnahmen (Kreditermächtigungen) von | 0 € |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von | 11.336.000 € |

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf **3.000.000 €** festgesetzt.

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. für die Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 200 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 200 v.H. |
| 2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge. | 330 v.H. |
- 3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2009) in der Fassung der Änderung - Anlage 4 zu Drucksache Nr. 249/2008 – mit festgestellt.**
- 4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie vom Hauptausschuss und Bauausschuss empfohlen und im Haushaltsplan bzw. in der Anlage 1 zu Drucksache Nr. 249/2008 im einzelnen dargestellt, werden bestätigt.**
- 5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2008 – 2012 wird - wie in Anlage 2 zu Drucksache Nr. 249/2008 dargestellt – festgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegte Drucksache Nr. 245/2008 zur Beratung vor. Die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses ist in Drucksache Nr. 245/2008-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist.

OB Fettback führt aus, es gelte, erheblich viel Geld zu investieren, was auch Verwaltungskraft binde. Er bezeichnet es als Herausforderung und Chance, eine neue Realschule bauen zu können mit Blick darauf, was alle als wichtig erachteten, nämlich die Bereiche Schule und Bildung. Man wolle eine Schule der Zukunft bauen und sich dabei nicht an DIN-Größen orientieren, sondern etwas entwickeln, was sich aus der Stadt heraus formuliere. Hierzu solle nun der Startschuss gegeben werden. Er dankt EBM Wersch für die geführten schwierigen Verhandlungen mit dem Land. Es sei nicht alles so gelaufen, wie man es sich erhofft habe, das Ergebnis sei jedoch akzeptabel (Applaus). Man habe die sechst größte Realschule in Baden-Württemberg und die Chance, den Neubau auch städtebaulich zu nutzen und sie in der bestehenden Schul- und Sportmeile zu realisieren. Eine konkrete Festlegung zum Standort sei noch nicht erfolgt.

Mit dieser Entscheidung sichere man auch den Standort der Hochschule in Biberach. Ferner böten sich städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten durch die Übernahme des Streubesitzes des Landes. Die Stadt nehme viel Geld in die Hand und leiste einen Beitrag für die Hochschulentwicklung 2012. Die Hochschule sei mit Hochdruck daran, sie zu entwickeln. Sie werde auch Kooperationspartner bekommen und das Land habe seine Unterstützung zugesagt. Diese Entscheidung fordere von der Stadt Einiges ab.

EBM Wersch dankt für die freundlichen Worte für die bisher geleistete Arbeit. Die Hochschule bewerte die Entwicklung sehr positiv und sehe große Perspektiven für sich in der Stadt, unabhängig von weiteren Möglichkeiten an anderen Studienorten. Das Finanzministerium habe angekündigt, mindestens 3 Mio. € in die Ertüchtigung der Gebäude der Dollinger-Realschule zu investieren, wobei die Themen Mensa und Werkstatt nach wie vor ungeklärt seien. Die Entscheidung biete jedoch langfristig eine Perspektive und Bestandschance für die Hochschule. Man habe versucht, das Gesamtbudget mit 25 Mio. € einzuhalten. Die Schulentwicklung sei wichtig und mit dieser Entscheidung habe man die einmalige Chance, alle weiterführenden Schulen weiter zu entwickeln und gemeinsam mit den Verantwortlichen inhaltlich voranzubringen. Dabei sei auch die regionale Entwicklung zu berücksichtigen und was künftig möglich sein werde. Man habe pädagogische Konzepte und Erwartungen an die Schulstruktur berücksichtigt. Man hoffe, es werde 2009 gelingen eine Planungsgrundlage zu schaffen, die deutlich über den gewichtigen Neubau der Realschule hinausgehe und Schulentwicklungen der nächsten Jahre ein Stück weit vorwegnehmen. Dies sei ein hoher, risikobehafteter Anspruch, aber: „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt“. Man wolle bauliche Qualität und Standards in der Ausstattung schaffen, die den hohen Ansprüchen gerecht würden.

Es wird applaudiert.

BM Kuhlmann erläutert anschließend das geplante Verfahren, an dessen Ende 2012 die Schule bezugsfertig sein solle. Die Standortfrage habe man bewusst offen gehalten, um die Diskussion der folgenden Monate zur Schulentwicklung, funktionelle Anforderungen und anderes berück-

sichtigen zu können. Für Mai 2009 sei die Standortentscheidung geplant. Dies sei Voraussetzung für die weitere konkrete Planung, da ein Bebauungsplan als planungsrechtliche Grundlage erforderlich sei. Man müsse die Planungsleistungen europaweit ausschreiben und sehe einen begrenzten Architektenwettbewerb mit 20 Büros vor. Ende 2009 solle die Entscheidung über den Entwurf fallen, der Grundlage für weitere Gespräche und den Einstieg für die Entwurfs- und Werkplanung sein werde. Dies alles sei eine anspruchsvolle Aufgabe, auf die man sich freue.

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf führt aus, man wolle eine neue Realschule, denn man sehe die neuen Herausforderungen, die mit einem Neubau gut verwirklicht werden könnten. Die Stärkung der Hochschule sei in diesem Zusammenhang genau so wichtig und man sei mit den formulierten Bedingungen einverstanden. Probleme sehe man nur bezüglich der Stellplätze. Er bezeichnet es als volkswirtschaftliche Dummheit, die Sporthalle abzureißen, die beispielsweise eine ideale Lagerhalle wäre, die die Hochschule sonst in eigenen Räumlichkeiten neu schaffen müsste. Er schätzt, die Kosten hierfür wären so teuer wie der Neubau eines neuen Parkhauses. Man freue sich über die Übernahme des Streubesitzes, der große Chancen biete und Filetstücke beinhalte. Es dürfe nicht sein, dass die darauf befindlichen Gebäude durch normale Nutzungen vereinnahmt würden wie beispielsweise Vereinsnutzungen. Hier seien mit Investoren auch Arrondierungen erforderlich.

StRin Drews signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion, auch wenn es sich „nur“ um die Sicherung des Hochschulstandortes handle und nicht wie ursprünglich gedacht um dessen Weiterentwicklung. Auch sie fände es gut, wenn die Dollinger-Sporthalle weiter genutzt würde. Sie bezeichnet eine Gesamtbetrachtung der Schulentwicklung als wichtig. Synergien und damit verbundene Einsparungen würden nur möglich, wenn gleich im Frühjahr die Schülerzahlentwicklungen und Veränderungen der Schularten bedacht würden.

Anschließend seien mit dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport sowie den Schulen bezüglich der Raumplanung und Ausstattung Planungen und Gespräche erforderlich. Auch der Standort müsse mit den Schulen frühzeitig besprochen werden, da Nutzer oft andere Perspektiven hätten. Sie äußert die dringende Bitte, notwendige Ersatzflächen für den Sport parallel zu schaffen. Sie signalisiert die Zustimmung der SPD zur Vorlage und zeigt sich froh, dass Biberach das Geld und die Möglichkeiten habe, eine solche Schule umzusetzen.

StR Zügel meint, der rote Faden durch das Gesamtthema sei der Neubau der Realschule und die Sicherung der Hochschule. Alle wollten diese Chancen nutzen. Die Standortentscheidung werde ein kniffliges Unterfangen und insgesamt handle es sich um ein komplexes Projekt, ein zeitlich ehrgeiziges Projekt. Die Entscheidungshoheit über die künftige Nutzung der Dollinger-Realschule obliege dem künftigen Eigentümer, dem Land.

Auch StR Späh sieht diese Aufgabe als Mammutprojekt. Man habe selten mit so vielen Chancen und Risiken gedacht. Für die Schulbedarfsentwicklung biete sich eine große Chance und man könne eine Gesamtschau der Schulsituation in Biberach für die nächsten 30 Jahre anstellen. Die Entscheidung diene der längerfristigen Sicherung der Hochschule. Ein Wehrmutstropfen sei der mögliche Abriss der Dollinger-Sporthalle. Die Schulbedarfsentwicklung enthalte Chancen und Risiken. Gleiches gelte für die Hochschulentwicklung, bei der man derzeit von einer Bestandssicherung ausgehe, die hoffentlich einige Jahrzehnte greife.

Längerfristig werde man zwischen den Schulen Synergien erhalten. Der Neubau müsse zukunftsweisend sein und den räumlichen Anforderungen von Schule und Pädagogen der nächsten Jahrzehnte entsprechen. Auch energetische Standards seien einzuhalten und eine Vorzeigeschule in Baden-Württemberg auch in diesem Sinne zu schaffen. Der Ersatz der Sportstätten müsse parallel erfolgen. Insgesamt beurteilt er die Chancen größer als die Risiken.

StR Funk führt aus, man habe in der Stadt mehrfach gehört, dass die Stadt nichts für die Realschule getan habe. Dies sei nicht richtig. So habe man allein in den Jahren 1998 bis 2005 4 Mio. € investiert und sich dann fast nahtlos mit dem Neubau beschäftigt. Dann habe man verständlicherweise keine so großen Investitionen mehr getätigt. Man wolle der Verwaltung keinen Blankoscheck ausstellen und habe daher Nachfragen zu fünf Punkten gehabt und hierzu Antworten erhalten. Als positiv bezeichnet er es, dass mit diesem Geschäft der Beitrag der Stadt Biberach zur Sicherung der Hochschule getätigt sei. Die FDP könne mit beiden Standorten leben. Wenn alle drei Schulen relativ eng beieinander seien, könne man leichter auf demographische Veränderungen reagieren. Man müsste auch ohne Neubau in die Realschule investieren, schon wegen des Umbaus zur Ganztagschule. Man sehe in den Vorhaben eine realistische Chance, den Wert der übernommenen Grundstücke zu erhöhen. Beispielsweise könnte vielleicht in der Waldseer Straße verdichtete Bauweise möglich sein und dafür ein höherer Verkaufspreis für das Grundstück erzielt werden. Die FDP stimme in der Hoffnung zu, dass auch nach Abschluss der bisherigen Verhandlungen weiterhin versucht werde, ein besseres Ergebnis als den Abriss der Sporthalle zu erhalten. Die aktuell komfortable finanzielle Lage der Stadt erleichtere die Zustimmung zum Projekt.

StR Dr. Nuding versichert, die Hochschule freue sich über ihre Standortsicherung. Er dankt dem Verhandlungsführer der Stadt hierfür. Ursprünglich habe man Bedenken zu Immobilienbewertungen gehabt, diese seien aber im Gespräch ausgeräumt worden. Es sei wohl korrekt gelaufen und die Stadt nicht über den Tisch gezogen worden. Die Hochschule liege weit über Soll-Werten und man plane neue Studiengänge zur Weiterentwicklung. Zur Gebäudesanierung seien 3 Mio. € sicher ausreichend. Die Turnhalle könnte als Ausstellungs- oder als Repräsentationsräume genutzt werden, sie könnte aber auch weiterhin Turnhalle sein.

OB Fettback fügt an, die Entwicklungschancen der Hochschule seien mit der Konsolidierung nicht zu Ende, sondern vieles werde nun erst möglich und es würden Neuerungen überlegt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat beschließt den Verkauf der Dollinger-Realschule mit Sporthalle an das Land Baden-Württemberg zu den in der Vorlage unter Ziffer I. 1.-5. genannten Bedingungen.**
- 2. Der Gemeinderat beschließt den Neubau der Dollinger-Realschule zzgl. Sporthalle und notwendiger Infrastruktur (siehe im Einzelnen Drucksache 137/2008). Für die Standortentwicklung ergeht zeitgleich eine gesonderte Vorlage.**
- 3. Die Entscheidung über Standort, Anzahl und Infrastruktur der neuen (Ersatz-)Sportflächen fällt nach der abschließenden Standortuntersuchung und Projektierung.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 239/2008 zur Beschlussfassung vor.

Die Diskussion wurde bereits in Rahmen des vorhergehenden Tagesordnungspunktes geführt. Eine weitere Diskussion findet nicht statt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Zur Entwurfsfindung wird ein beschränkter Planungswettbewerb gemäß GRW/PRW 2008 nach vorheriger (öffentlicher, EU-weiter) Vergabebekanntmachung nach VOF ausgeschrieben.**
- 2. Die Verwaltung bedient sich eines externen Beraters zur Durchführung des Auswahlverfahrens.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 242/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.12.08.

BM Kuhlmann erläutert den Sachverhalt.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Nein-Stimme (StR Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden für die Abstimmung der Biberacher Vertreter im Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Biberach bindenden

Beschluss:

Das Büro Landschaftsökologie + Planung wird mit der Standortuntersuchung für großflächige Photovoltaikanlagen beauftragt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 243/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmig Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 15.12.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird die 1. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß Plan Nr. 6121-3/10.08 festgestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 227/2008 neu zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback hebt auf die Bedeutung des Themas ab. Es gehe auch um Transparenz, der man sich immer mehr nähere. Er erinnert an die Sitzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke und die sehr kontroverse und einvernehmliche Diskussion zum Wirtschaftsplan, dem man einstimmig unter zwei Prämissen zugestimmt habe. Der Wirtschaftsplan sei das Spiegelbild der Kapitalzuführung im städtischen Haushalt. Die Plandaten signalisierten eine interessante Entwicklung der Stadtwerke. Ob alle Maßnahmen realisiert würden oder nicht sei offen, da beispielsweise Ausgaben für das Parkhaus mit Sperrvermerk belegt worden seien. Ein Blick auf den Cashflow sei bedeutend, da 2013 Liquiditätsprobleme entstehen könnten. Man wolle einen Ausgleich in Form einer Kapitalerhöhung, die ohnehin linear mit 300.000 € geplant gewesen sei. Nun müsse der Plan der Realität angepasst werden. Die Korrektur erfolge unter der Prämisse, dass es nicht sein könne, dass die Stadtwerke für den laufenden Betrieb Kredite aufnehmen müssten. Hierfür sei von der Stadt ein Ausgleich erforderlich. Ferner sei davon auszugehen, dass die Abschreibung nicht enthalten sei, da die Stadt verpflichtet sei, Sanierungs- und Ersatzbauten übertragener Einrichtungen zu tragen. Ein Stück weit habe ein Paradigmenwechsel bei der Stadt stattgefunden. Man habe die Stadtwerke lange als eigenständiges Rechtsobjekt laufen lassen, was richtig gewesen sei, solange das Unternehmen Verluste habe mehr als ausgleichen können, was sich vor allem durch die Übertragung der Parkierung verändert habe.

StR Abele bezeichnet es als folgerichtig, dass die Stadt einspringe, wenn die Stadtwerke Finanzierungsbedarf hätten. 12 Mio. € seien für den Neubau des Hallenbades angefallen und durch die Übertragung der Parkhäuser seien immense Aufwendungen entstanden. Es sei daher folgerichtig, dass die Stadt dieses Geld zur Verfügung stelle. Zur Ziffer 3 des Beschlussantrags, der Sanierung der Tiefgaragen und des Parkhauses spricht er von Horrorzahlen für die Sanierung der Tiefgaragen. Bezüglich der Sanierung der Tiefgarage Museum müsse der Betrag genau überprüft und die Gremien überzeugt werden, ob überhaupt eine so umfängliche Sanierung erforderlich sei. Falle ein Verlust aus dem laufenden Betrieb an, sei es folgerichtig, diesen von der Stadt auszugleichen. Die Entwicklung müsse jedoch genau beobachtet werden. Augenblicklich dürfe man keine weiteren Aufgabenübertragungen vorsehen, die die Stadtwerke weiter belasten würden.

OB Fettback stellt klar, die Energiezentrale habe man nicht dem Neubau des Hallenbades zugerechnet, da auch im Falle einer Sanierung des Hallenbades eine neue Energiezentrale benötigt worden wäre.

StR Keil meint, man müsse 21 Mio. € über sieben Jahre finanzieren, was sieben magere Jahre bedeute. Das Geld der Stadtwerke komme einmal von der e.wa riss, die jedoch weniger erwirtschaftete. Weiter komme das Geld von Gebühren, über die die Stadtwerke nicht finanziert werden könnten. Die Stadtwerke seien ein Servicebetrieb im Dienst für die Bürger und die Umgebung. Der Service müsse gut sein und funktionieren, vor allem im ÖPNV. Die Stadt müsse daher für den laufenden Bedarf eintreten. Die SPD-Fraktion stimme auch den sonstigen Vorhaben zu. Ob tatsächlich 21 Mio. € Investitionen erforderlich würden sei offen. Man sehe dies als Worst Case.

StR Zügel bemerkt, die Beteiligungserträge der e.wa riss seien geringer. Auch seine Fraktion wünsche keine Unterkapitalisierung der Stadtwerke. Die Sanierung der Tiefgarage Museum müsse

kritisch begleitet werden, was Gutachten, Umfang und Notwendigkeit betreffe. Auch die Projekte, für die Planungsdaten vorgesehen seien, müssten angesichts der Entwicklung der Ertragslage auf den Prüfstand. Im übrigen schließe man sich den Ausführungen StR Abeles an. Er appelliert, nicht mehr über die Zuordnung der Energiezentrale der Bäder zu reden. Dies sei Schnee von gestern.

StR Gehring findet es erschreckend, dass von den Investitionen in Höhe von 21 Mio. € allein 13 Mio. € für die Parkhäuser und Tiefgaragen anfielen. Er meint, die Stadtwerke müssten mit dem erforderlichen Geld ausgestattet werden.

StR Funk meint, das Hallenbad habe inklusive der Energiezentrale und der Grundstückskosten 13 Mio. € gekostet. Man sei froh über die nun vorhandene Transparenz und dass klar sei, dass über den städtischen Haushalt Vorsorge für die Stadtwerke getroffen werden müsse und dies nicht Aufgabe der Stadtwerke sei.

OB Fettback gibt zu bedenken, man gebe viel Geld aus, dies sei aber für die Kunden der Stadtwerke und damit für Biberacher Bürger.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stadtwerke Biberach GmbH erhält als Zuführung zur Kapitalrücklage für den Neubau des Hallenbades einschließlich der äußeren und inneren Erschließung samt Gestaltung der Außenanlagen die Differenz zwischen den tatsächlichen Investitionskosten für das Hallenbad - ohne Energiezentrale - im Vergleich zu einer herkömmlichen Sanierung mit geschätzten Kosten von 4,455 Mio. € ausgeglichen. Nach der aktuell vorliegenden Kostenberechnung beträgt die Kapitalzuführung dafür derzeit insgesamt 4.717.000 €.**

Hinzuzurechnen sind außerdem die Kosten der Energiezentrale für die Bäder einschließlich des Blockheizkraftwerks auf Pflanzenölbasis, die sich nach der aktuell vorliegenden Kostenberechnung auf derzeit insgesamt 1.970.000 € belaufen. Dieser Betrag wird in gleicher Höhe als Kapitalzuführung gewährt.

- 2. Die Kosten für den Abriss des alten Hallenbades in Höhe von 350.000 € stellen keine Investition dar und werden daher über den Erfolgsplan der Stadtwerke abgewickelt. Die Stadt gewährt in Höhe der Abrisskosten ausnahmsweise eine Zuführung zur Kapitalrücklage.**
- 3. Die Stadtwerke Biberach GmbH erhält grundsätzlich eine Zuführung zur Kapitalrücklage für alle für die Sanierung der Tiefgaragen und des Parkhauses jeweils tatsächlich entstehenden Sanierungs- oder Investitionskosten. Die Einzelmaßnahmen sind rechtzeitig vor Baubeginn vom Gemeinderat zu genehmigen.**

Für die Sanierung der Tiefgarage Stadthalle beträgt die Kapitalzuführung nach der aktuell vorliegenden Kostenberechnung dafür derzeit insgesamt 6.489.000 €.

- 4. Die Stadtwerke Biberach GmbH erhält für die Sanierung der Außenanlage und einiger Verbesserungen im Bereich des Freibades eine Kapitalzuführung, die nach der aktuell vorliegenden Kostenberechnung derzeit insgesamt 897.000 € beträgt.**
- 5. Der Sperrvermerk im Haushaltsplan 2008 in Höhe von 2.000.000,00 € bei HHSt. 2.8170.930000.7-900 Zuführung an Rücklage Stadtwerke GmbH wird aufgehoben.**
- 6. Die Zuführung zur Kapitalrücklage an die Stadtwerke Biberach GmbH erfolgt künftig bereits zum 01.04. eines Jahres als Abschlagszahlung aufgrund der Liquiditätseingüsse bei den Stadtwerken Biberach GmbH.**
- 7. Ab dem Jahr 2009 wird bis auf weiteres ein jährlicher Verlustausgleich in Form einer Eigenkapitalerhöhung von 300.000 € geplant.**
- 8. Ein jährlicher Beschluss über die Höhe der Zuführung zur Kapitalrücklage an die Stadtwerke Biberach GmbH ist nicht notwendig. Die im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel für die jeweiligen Investitionen werden als Abschlagszahlung ausbezahlt. Die endgültige Festlegung der Höhe der Zuführung zur Kapitalrücklage erfolgt nach Vorliegen der entsprechenden Abrechnungen bei der Stadtwerke Biberach GmbH, spätestens 1 Jahr nach Abschluss der Maßnahme. Das Gremium wird mit einer Vorlage über die endgültigen Kosten der Investitionsmaßnahmen von der Stadtwerke Biberach GmbH zeitnah informiert.**
- 9. Die Stadtwerke Biberach GmbH verzichtet bis auf weiteres auf die Aufnahme von Fremddarlehen. Finanzierungslücken sollen über entsprechende Darlehen, zu marktüblichen Konditionen, bei der Stadt Biberach abgewickelt werden. Ausgenommen hiervon ist das Cash-Management zur e.wa riss GmbH Co. KG.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 248/2008 zur Beschlussfassung vor. Der Wirtschaftsplan 2009 ist ebenfalls Gegenstand der Beratung, dieser Niederschrift aber nicht beigelegt.

StR Kolesch bezeichnet die geregelte Abwasserbeseitigung als wichtigste Umweltschutzmaßnahme. Glücklicherweise sei die Situation in Biberach gut. Er bitte die in der Vorlage genannten Auswirkungen der neuen Betriebserlaubnis für die Kläranlage zu erläutern. Ferner bittet er mitzuteilen, ob es wie erklärt zutrefte, dass sich die Investition Regenüberlaufbecken Kolpingstraße durch die Brückensanierung erledigt habe. Zur Regenwasserentlastung Lohmühlstraße vermutete er einen Fehler im Plan.

Der Abwasserpreis könne etwas gesenkt werden. Man sehe hierin weiteres Potential, da beispielsweise der Bau von Regenwasserbehandlungsanlagen weitgehend abgeschlossen sei und man habe die Abschreibungen stark angehoben, was in einigen Jahren zu einer Senkung führen werde.

Bei den Investitionen sei auch die Abwasserbehandlung Hofen aufgeführt. Die Vorlage sei seit drei Monaten in der Versenkung. Es sei eine geregelte, gute Abwasserentsorgung für Hofen erforderlich, die auch preiswert sei. Zinsen dürften nicht zu hoch angesetzt werden, was aus der aktuellen Sicht der Dinge der Fall sei. Er erkundigt sich nach den Kriterien für die Festsetzung und nach dem Referenzzinssatz. Dieser dürfe nicht zu hoch sein, denn man dürfe von den Gebührenzahlern nicht zuviel Geld abverlangen. Der angesetzte Zinssatz sei aktuell zu hoch. Hierüber müsse die Verwaltung nachdenken. Insgesamt dankt er für die gute Arbeit des Tiefbauamtes.

StR Dr. Nuding hat verschiedene Fragen, die im Nachgang von Herrn Rechmann beantwortet werden. Er meint, man müsse über den Frischwasserbedarf als Basis für die Abwasserentsorgung nachdenken.

StR Zügel führt aus, eine seiner Fragen sei noch offen. Das Thema Trägerdarlehen durch die Stadt oder Fremdkapitalaufnahme müsse diskutiert werden. Wenn sich der Kapitalmarkt beruhigt habe. Die Verwaltung sei sich in diesem Punkt uneins. Er bittet um eine Zwischeninformation im Frühjahr 2009.

Herr Rechmann beantwortet verschiedene Verständnisfragen. Man müsse voraussichtlich für den gesamten AZV eine Neuberechnung des Regenwassersystems durchführen. Die 90.000 € für die Kolpingstraße gliederten sich auf zwei Bereiche. Der erste von der Theaterstraße her sei abgeschlossen. Aus Richtung Saulgauer Straße sei noch etwas zu tun. Bezüglich Hofen müsse man prüfen, ob die Pumpen durch die Stadt finanziert werden könnten, was laut Satzung nicht möglich sei. Voraussichtlich werde man im Februar 2009 die Vorlage behandeln.

Frau Leonhardt lässt wissen die 280.000 € für die Lohmühlstraße seien an anderer Stelle angegeben. Seit Aufstellung des Wirtschaftsplans sei man von der Zinsentwicklung überrollt worden. Bei Trägerdarlehen würden die allgemein üblichen Zinssätze angesetzt. Ein Ausgleich der Deckungslücke sei erst möglich, wenn die voraussichtliche Jahresrechnung 2008 vorliege.

StR Funk meint, man solle nicht über Zinssätze diskutieren, sondern ob Darlehen überhaupt erforderlich seien.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Wirtschaftsjahr 2009 wird wie folgt beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan 2009 wird festgesetzt mit

1. dem Erfolgsplan mit einem Gesamtaufwand von und einem Gesamtertrag von	5.978.700 € 5.978.700 €
2. dem Vermögensplan mit Ausgaben von und mit Einnahmen von	6.124.000 € 6.124.000 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf	3.250.000 €
--	--------------------

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungs- ermächtigungen wird festgesetzt auf	1.050.000 €
--	--------------------

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.	1.000.000 €
---	--------------------

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 225/2008 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 15.12.08 und im Hauptausschuss am 11.12.08. Die Vorberatungsergebnisse sind in den Drucksachen Nrn. 225/2008-1 und 225/2008-2 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlagen 2** und **3** beigefügt sind.

BM Kuhlmann erläutert den Sachverhalt. Man habe auch im ländlichen Raum Wachstumsregionen und müsse daher untersuchen, wie man sich als Region behaupten könne. Man wolle dies bis auf Kommunalebene herunterrechnen. Man wolle jedoch abwarten, was sich aus der Regionaluntersuchung des Regionalverbandes ergebe und die Daten erst dann auf Biberach herunterbrechen. Auf einen Einwand von StR Dullenkopf stellt er klar, dass keine Daten doppelt erhoben würden. Er erläutert, was unter den Vorbereitungsarbeiten zu verstehen sei.

StR Lemli meint, man stehe im Wettbewerb zu anderen Regionen und müsse die Region stärken. Die SPD-Fraktion habe auch kein Problem mit einer zeitgleichen Erhebung der Basisdaten die zwar ähnlich seien, auf Kreisebene aber auf der Oberfläche blieben. Die Empfehlung des Bauausschusses sei jedoch in Ordnung.

StR Zügel meint, man müsse wissen, wo man als Region stehe und die Stärken und Schwächen erheben. Da Biberach ein Flächenlandkreis sei, sei eine Untersuchung für die Stadt Biberach sinnvoll. Die Module 3 und 4 seien sicher erforderlich, zunächst sei aber die Beauftragung der Module 1 und 2 ausreichend. Er signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler zum Beschlussantrag.

StR Gehring meint, man kenne die Schwächen wie beispielsweise die fehlende Elektrifizierung der Südbahn bereits. Er fragt, ob Ziel sei, 50.000 Einwohner zu erreichen. Eine Datenaufbereitung sei erforderlich. Die Grünen würden nicht einheitlich abstimmen.

StR Braig bemerkt, bei den Verhandlungen mit dem Landkreis sei man von einer hälftigen Finanzierung ausgegangen, faktisch trage die Stadt jedoch über die Kreisumlage 75%.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 1 Nein-Stimme (StR Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die Prognos AG, Bremen wird beauftragt, Modul 1 und 2 des Gutachtens „Biberach 2015 – Zukunftsstrategie für die Wirtschaftsentwicklung“ zu erarbeiten. Grundlage ist das Angebot vom 27.05.2008 (s. Anlage von Drucksache Nr. 225/2008). Die vorbereitenden Arbeiten können begonnen werden. Die konkrete Datenerhebung und Datenanalyse erfolgt nach Auswertung des Zwischenberichts für das Projekt des Regionalverbandes.**
- 2. Die Kosten in einer Gesamthöhe von 59.072 € werden zu 50 % vom Landkreis und zu 50 % von der Stadt Biberach (29.536 €) übernommen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 247/2008 mit dem Wirtschaftsplan zur Beschlussfassung vor. Gleichzeitig wird über den Jahresabschluss 2007 diskutiert.

EBM Wersch führt aus, die drei Jahre Eigenbetrieb zeigten, dass man mit der Gründung des Eigenbetriebs und der Konzentration auf Wohngebäude die gesetzten Ziele erreicht habe. Man verzeichne eine deutliche Steigerung der Instandhaltungsmaßnahmen und Sanierungen und könne feststellen, dass keine zusätzlichen städtischen Mittel erforderlich seien, sondern der Eigenbetrieb die Maßnahmen aus eigener Kraft leisten könne und der Wert des städtischen Eigentums nachhaltig gesichert werde. Er dankt auf diesem Wege der erkrankten Frau Spieler und wünscht ihr eine gute Besserung.

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf bemerkt, es sei erkennbar, dass sehr professionell an den städtischen Liegenschaften gearbeitet werde. Es werde eine Zukunftsperspektive aufgezeigt und der Gemeinderat in Entscheidungen eingebunden. Der Bericht sei sehr gut lesbar und informativ. Mit dem aktuellen Schuldenstand sei man noch einverstanden. Falls Veränderungen nach oben vorgesehen seien, erfolgte eine andere Kommentierung.

StRin Kübler dankt namens der SPD-Fraktion für den informativen und gut lesbaren Bericht. Es würden hohe Aufwendungen getätigt, diese seien aber erforderlich und auch die Mieter profitierten davon. Sie bezeichnet die Maßnahmen als sehr guten Beitrag zur Daseinsvorsorge. Sie spricht die Sanierung der Birkendorfer Straße an, wo keine Fenster ausgewechselt worden seien und bittet dies zu begründen. Dann spricht sie noch die Position 66.90 auf Seite 16 des Wirtschaftsplans an, bei der das Ergebnis 2007 auffallend vom Plan abweiche. Sie bittet den Grund hierfür zu nennen. Der Jahresrechnung 2007 stimme die SPD-Fraktion ebenfalls zu.

StR Zügel bezeichnet den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft als kleinen, feinen Eigenbetrieb. Die Darstellung sei transparent und überzeugend und ein Beitrag für günstigen Wohnraum. Er fragt, ob bereits entschieden sei, welches Objekt als nächstes modernisiert werde.

StR Späh meint, man sei auf einem guten Weg. Die energetische Sanierung sei richtig. Er spricht die Gebäude im Laurenbühl an, für die keine Raumentlüftung eingeplant sei. Bei allen anderen Maßnahmen dagegen schon. Er bittet dies bei Gelegenheit zu erläutern.

StR Funk bezeichnet die Pflege der Immobilien als wichtig und sie werde gut gemacht. Die FDP stimme daher zu. Eine Art Kataster darüber, wann welche Gebäude und Wohnungen zur Modernisierung vorgesehen seien, fände er hilfreich und er fragt, ob eine derartige Darstellung zur Verfügung gestellt werden könne.

EBM Wersch lässt auf Frage wissen, man werde vom RPA geprüft. Es bestehe keine Verpflichtung zu einer Testierung, die 6.000 - 7.000 € kosten würde. Bei Schuldenaufnahmen sei generell eine Abwägung und Beobachtung erforderlich. Die Auswirkungen auf Betriebskosten durch Sanierungsmaßnahmen habe man den Mietern bereits avisiert. Als nächstes Objekt wolle man die

Waldseer Straße sanieren, befinde sich aber noch im Gespräch und die Entscheidung solle in der Folgewoche erfolgen. Die übrigen Fragen werde man beantworten. Generell gelte jedoch, dass man überall die gleiche Qualität schaffen wolle. Man sei bemüht, zeitlich weiter nach vorne zu schauen, um Entwicklungsabsichten im Rahmen der Halbjahresberichte darzulegen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz - EigBG) in der Fassung vom 1. Juli 2004 (Gesetzblatt Seite 469) wird der Wirtschaftsplan 2009 wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

• Erträge	1.550.000,00 €
• Aufwendungen	1.283.000,00 €
• Jahresgewinn	267.000,00 €

2. Vermögensplan

• Finanzierungsbedarf (Ausgaben)	850.000,00 €
• Finanzierungsmittel (Einnahmen)	850.000,00 €

3. Kreditaufnahme 400.000,00 €

4. Höchstbetrag der Kassenkredite 250.000,00 €

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 250/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Diskussion fand beim Tagesordnungspunkt Wirtschaftsplan 2009 statt.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund § 16 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) in der Fassung vom 1. Juli 2004 (Gesetzblatt Seite 469) wird der Jahresabschluss 2007 wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	6.125.561,47 €
1.1.1 davon entfallen auf die Aktivseite auf	
das Anlagevermögen	4.731.089,85 €
das Umlaufvermögen	1.384.386,62 €
die Rechnungsabgrenzungsposten	10.085,00€
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
das Eigenkapital - Rücklagen	3.898.744,09 €
die Rückstellungen	16.015,07 €
die Verbindlichkeiten	1.212.462,43 €
die Rechnungsabgrenzungsposten	19.139,71 €
1.2 Jahresgewinn	393.065,02 €
1.2.1 Summe der Erträge	1.497.884,35 €
1.2.2 Summe der Aufwendungen	1.104.819,33 €

2. Verwendung des Jahresgewinns

Der Jahresgewinn von 393.065,02 € wird den Ergebnisrücklagen zugeführt und auf die neue Rechnung vorgetragen. Er dient dem Ausgleich der in künftigen Wirtschaftsjahren zu erwartenden Verluste.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2007 entlastet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 235/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatungen erfolgten im Hauptausschuss am 11.12.08 und im Bauausschuss am 15.12.08.

OB Fettback bezeichnet das Abdera als Erfolgsgeschichte und Einrichtung, die aus der Biberacher Kulturszene nicht mehr wegzudenken sei. Bei dem Vorhaben gehe es auch darum, Lärmemissionen zu verringern.

StR Kolesch gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion sei überzeugt vom Konzept und vom Verein, der hervorragende Arbeit leiste. Die Einrichtung sei nicht mehr wegzudenken. Es würden eine Vielzahl von Veranstaltungen abgewickelt und es seien wenig Klagen zu hören. Hierfür gebühre den Verantwortlichen Anerkennung und Dank. Die baulichen Verbesserungen seien überzeugend und man denke nicht, dass mit Anliegereinsprüchen zu rechnen sei, da auch sie Vorteile von den Maßnahmen hätten, durch die Lärmemissionen verringert würden. Es sei zugesagt worden, nach einer preiswerten Lösung für das Verschließen des Grundstückes zu suchen. Die Vorlage sei selbsterklärend.

StRin Kübler führt aus, die SPD-Fraktion sei von der Notwendigkeit der baulichen Maßnahmen absolut überzeugt. Die Situation sei seit langem verbesserungswürdig. Wichtig sei, dass die Veränderungen mit Einverständnis von Lilienthal erfolgten. Der Mietvertrag mit der Bahn müsse diskutiert werden. Der Standort sei akzeptiert und man habe keine Alternative. Das Abdera sei nicht mehr wegzudenken. Daher stimme man auch ohne die Zusage einer Mietvertragsverlängerung zu. Sie zollt großes Lob und Dank auch den ehrenamtlichen Helfern.

StR Rieger meint, ohne Eingangsbereich und Garderobe hätte man Bierzeltatmosphäre. Die Maßnahmen seien erforderlich und die Freien Wähler stimmten zu.

Auch die Grünen werden nach Auskunft von StR Gehring zustimmen. Man hoffe auf ein gutes Funktionieren mit der Bahn. Vielleicht könne man das Gelände irgendwann von ihr erwerben.

StR Braig bezeichnet die Maßnahmen als notwendig und sinnvoll und kündigt die Zustimmung der FDP an.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Anbau der Kulturhalle Abdera wird befürwortet und als Maßnahme der Stadt Biberach realisiert.**
- 2. Die Kulturhalle Abdera wird ab 1. Januar 2010 umsatzsteuerpflichtig an den Verein Lilienthal e.V. verpachtet. Die Umsatzpacht beträgt 4 % vom Nettoumsatz. Die Stadt erbringt Leistungen im Bereich Bauunterhaltung und –Wartung.**
- 3. Mit der Planung und Bauausführung für den Anbau wird das Architekturbüro Kull & Woitun, Biberach beauftragt.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Deutschen Bahn Verhandlungen über die Verlängerung des Pachtvertrages für das Grundstück Breslaustraße bis zum Jahr 2035 aufzunehmen.**
- 5. Die Ausschreibungen werden erst nach Abschluss der Vertragsänderung mit der Deutschen Bahn AG mit tragbaren Konditionen zu den Punkten Restlaufzeit und Pachthöhe während der Restlaufzeit sowie Einverständnis zum Bauvorhaben erfolgen. Ob der geänderte Vertrag mit der Deutschen Bahn AG diese Vorgaben erfüllt, entscheidet der Hauptausschuss.**

TOP 12.1 Bekanntgaben: Jahresrückblick Oberbürgermeister

OB Fettback bezeichnet das Jahr 2008 als besonderes Jahr und spannt mit einer exemplarischen Auswahl einzelner Projekte einen Bilderbogen dieses Jahres, der sich in seiner gedruckt vorliegenden Jahreschronik widerspiegelt, weshalb hier auf weitere Ausführungen verzichtet wird.

Es sei auch viel hinter den Kulissen gearbeitet worden, was beispielsweise der Stellenmarathon belege. Der Gemeinderat habe 250 Vorlagen mit einem Gewicht von 14 kg erhalten, Pläne und Gutachten nicht eingerechnet. Es hätten ohne Fraktionssitzungen 50 Sitzungen stattgefunden, was rund 22 Arbeitstagen entspreche.

Man habe dem Gemeinderat auch in der zweiten Jahreshälfte viel zugemutet und dennoch sei die Stimmung überwiegend sehr gut gewesen. Das Verhältnis zwischen Gemeinderat und Verwaltung sei seines Erachtens so gut wie noch nie gewesen, trotz aller Reibungspunkte.

Er wünscht allen gute Erholung und dankt dem Gemeinderat, stellvertretend seinen ehrenamtlichen Vertretern. Er dankt der Verwaltung und hier stellvertretend allen, die mit der leistungsorientierten Bezahlung befasst seien.

Es wird applaudiert.

TOP 13.1 Verschiedenes: Winterschließung der Stadtbücherei

StR Kolesch bringt vor, laut Bericht in der Schwäbischen Zeitung habe die Stadtbücherei vom 22.12.08 bis 06.01.09 geschlossen. Dies sei zwar schon immer so, dieses Jahr aber besonders auffallend. Man habe in die Stadtbücherei sehr viel investiert und ihre Öffnungszeiten verlängert. Daher sollte man sie den Kunden dann zur Verfügung stellen, wenn diese am meisten Zeit hätten. Er meint, dieses Jahr hätte ausnahmsweise auch am Montag geöffnet werden können. Er bittet dies für die kommenden Jahre zu prüfen.

TOP 13.2 Verschiedenes: Abschlussworte Erster ehrenamtlicher Stellvertreter

StR Wiest führt aus, man habe im abgelaufenen Jahr einige wichtige, richtungsweisende Vorlagen verabschiedet. Eine Pause für einige Tage sei wichtig nach einem kommunalpolitisch arbeitsreichen Jahr. Man habe große Themen abgearbeitet, Neues stehe an. Die Haushaltsberatungen seien in sachlichem und fairem Stil abgelaufen. Dank gebühre in diesem Zusammenhang den Steuerzahlern, den Unternehmen und Dienstleistern vor Ort. Ein außerordentlich gutes Jahr sei vorbei und er danke namens des Gemeinderates der Verwaltung. Er dankt OB Fettback für das nachhaltige Wirken und sein Schaffen im Gemeinderat. Er dankt ihm auch dafür, dass er den Gemeinderat ertragen habe, auch wenn man ihn manchmal genervt habe oder er enttäuscht worden sei. EBM Wersch dankt er als oberstem Hüter der Finanzen. Er könne nicht immer jedermanns liebes Kind sein, was gerade in guten Zeiten wichtig sei. BM Kuhlmann habe bereits gezeigt, dass er einen neuen, eigenen Stil pflege. Er wünscht ihm weiterhin Stehvermögen und Kreativität. Herrn Dr. Riedlbauer habe man bereits mit engagierter Arbeit und herzerfrischender Art schätzen gelernt. Er habe eine gute Grundlage mit dem Kulturbudget zum Erhalt und zur Weiterführung des Kulturangebots. Dank gelte allen Amtsleitern und der gesamten Mitarbeiterschaft, die gute Arbeit geleistet habe. Beispielhaft zeige dies die Umfrage beim Ordnungsamt bei der dies bestätigt worden sei. Dank gelte der Geschäftsstelle des Gemeinderats für die stets gute Betreuung.

Man gehe mit gemischten Gefühlen in das neue Jahr. Dieses sei weder durch Optimismus noch durch Pessimismus gekennzeichnet. Mit den Investitionsentscheidungen sei viel Hoffen verbunden und sie könnten hoffentlich dazu beitragen, dass die Rezession nicht so stark wie befürchtet zuschlage.

Er wünscht allen schöne, gesegnete und friedvolle Weihnachten und alles Gute für 2009, ein erfolgreiches Miteinander zum Erreichen der Ziele.

Es wird applaudiert.

Gemeinderat, 18.12.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann